

Gewalt gegen Behördenmitarbeiter

Tödliche Schüsse auf Finanzbeamten in Rendsburg – Eskalation leider kein Einzelfall

Es sind die krassen, öffentlichkeitswirksamen Extremfälle wie der Anfang September, als im Finanzamt Rendsburg ein 58-jähriger Finanzbeamter in seinem Büro von einem 55-jährigen Mann, der sich als Kunde „ungerecht“ behandelt gefühlt hat, erschossen wurde, die das Phänomen „Gewalt gegen den Staat“ in den Vordergrund bringen. Wir als Polizisten wissen, wovon in diesem Zusammenhang geredet wird.

Man darf nicht vergessen, dass diese öffentlichkeitswirksamen Extremfälle nur die sichtbare Spitze des Eisberges sind. Der ganz normale Wahnsinn in den Amtsstuben und Polizeiwachen wird doch anscheinend mittlerweile weitgehend als unabänderlich hingenommen.

Geradezu hilflos wirken auch die beflissenen Politiker-Statements nach solchen Taten. Wir werden uns mit der Sicherheitssituation in Behörden beschäftigen, andererseits wol-

len wir eine bürgernahe Verwaltung sein. Hört sich an wie die Quadratur des Kreises.

Wenn man unter dem Aspekt „Sicherheit“ dann konkret wird, stellt man fest, dass Sicherheitsmaßnahmen schnell wegen fehlender finanzieller Mittel unterbleiben. Aus dem Polizeibereich wissen wir, dass es zum Beispiel nicht einmal mehr zu schusssicherem Glas an Polizeiwachen reicht (durchwurfhemmendes muss reichen, weil billiger).

Keiner stellt offensiv die Frage, warum es zu dieser ausufernden Gewalt gegen den Staat und seine Bediensteten kommt. Jeder bedrohte, verletzte oder gar getötete Staatsdiener muss doch ein Alarmsignal für die Politik sein.

Die Gesamtheit der Übergriffe auf Polizeibeamte, Sozialamtsmitarbeiter, Finanzbeamte, Jobcenter-Angestellte müsste zu einem Umdenkprozess in der Politik führen und nicht zu einem Gewöhnungseffekt.

Beamte im Besonderen oder der öffentliche Dienst in Gänze sind aber gerne genommene Subjekte der öffentlich geförderten Zwietracht. Falsche Be-



> Torsten Gronau

richte über angebliche Privilegien dienen seit Jahren dazu, Einsparungen im öffentlichen Dienst durchzusetzen. Die Medienkampagnen sind uns allen in guter Erinnerung. Wer als Politiker über Beamte und Pensionäre als „Lasten“ redet, verkennt die Realität und trägt seinen Teil der Verantwortung.

Auch das Thema „Bürokratie“ wird ja gerne „den Beamten“ zugeschoben. Keine Zeitung ohne derartige Artikel über bürokratische (und damit unmenschliche) Behördenmitarbeiter. Die Bürokratie ist aber Machwerk von Politikern, die es nicht schaffen, einfache Gesetze zu schaffen. Alle bisherigen Entbürokratisierungsversuche sind gescheitert, aber auch der öffentliche Dienst braucht einfach anzuwendende und transparente Gesetze, um mit immer weniger Personal bürgerfreundlich agieren zu können.

Ein Ärgernis sondergleichen ist zudem sehr häufig der Umgang in der Justiz mit dem Thema. Da wird einem schon mal seitens der Justiz vorgehalten, man möge Beleidigungen und Drohungen nicht so eng sehen, das gehöre zum Job dazu.

Häufig sieht es so aus, dass der Staat seinen „Dienern“ nicht die nötige Rückendeckung gibt, die zur Aufgabenwahrnehmung gebraucht wird.

Keinesfalls soll nun ein derartiger Einzelfall wie der in Rendsburg dazu dienen, gewerkschaftliche Forderungen in den Raum zu stellen. Aber Übergriffe gegen Staatsdiener sind nicht mehr die viel zitierten Ausnahmen. Das Thema muss auch in der Politik Chefsache sein und nicht Eintagsfliege bei außergewöhnlich brutalen Fällen.

*Torsten Gronau,
DPoIG-Landvorsitzender*

Impressum:

Redaktion:
Thomas Nommensen (v. i. S. d. P.)
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 0171.2745289
E-Mail: thomasnommensen@aol.com

Landesgeschäftsstelle:
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 0431.2109662
Fax 0431.38671061

Internet: www.dpolg-sh.de
E-Mail: dpolg-sh@t-online.de
Fotos: Th. Nommensen
und pixelio.de

DPoIG S-H bei facebook:
www.facebook.com/dpolg.sh



ISSN 0937-4841

Personelle Unterbesetzung bei den Regionalleitstellen!? Ein Blick zu den Nachbarn in Hamburg hilft zur Schärfung der Sicht

„Polizei-Notruf 110 ist manchmal schwer zu erreichen“ – so titelte das Hamburger Abendblatt am 26. August 2014. Am gleichen Tag sendete das Hamburg Journal vom NDR-Fernsehen einen Beitrag mit dem Titel „Engpässe beim Polizei-Notruf“.

blem seit Langem bekannt sei. Bei der Berechnung der Schichtstärken (in der Regel etwa 32 Beamte pro Schicht!) würden sowohl Überstunden bereits vorausgesetzt als auch Fälle von Krankheit oder Urlaub nicht vorab eingeplant, was zu zusätzlichen Engpässen führen würde.

Wie aber sieht die Situation bei unseren vier Regionalleitstellen (RLS) beziehungsweise kooperativen Regionalleitstellen (KRLS) in Harsleben, Elmshorn, Kiel und Lübeck aus? Denn nach dem Start der vier Regionalleitstellen im Land gab und gibt es auch hier immer wieder Beschwerden von Bürgern, dass sie viel zu lange in der Warteschleife beim Notruf 110 festhängen würden, bevor sie ihr Hilfeersuchen loswerden könnten. Diese Beschwerden sollten nach Auffassung der DPoIG auch in Schleswig-Holstein ernst genommen und können von ihrer Sachlichkeit zudem nicht von der Hand gewiesen werden.

Ganz abgesehen von den auf den hiesigen Leitstellen hinlänglich bekannten (aber immer noch andauernden) Problemen mit der zeitweise erheblich mangelhaften Qualität des Digitalfunks, ihren noch nicht behobenen „Funklöchern“, der teils haarsträubenden Sprachqualität sowie

auch den weiterhin bestehenden Problemen mit der ELDIS-Software, ist die Frage der personellen Besetzung der RLS/KRLS auch noch im Herbst 2014 mehr als berechtigt. Denn trotz punktueller Nachbesserung in den letzten Jahren ist auch bei den schleswig-holsteinischen Polizeileitstellen der Personalkörper größtenteils noch „auf Kante genäht“. Allenthalben müssen personelle Lücken, die sich beispielsweise durch Urlaub, Krankheit und Lehrgänge (oft auch spontan) ergeben, improvisiert geflickt werden – was häufig genug nur unzureichend gelingt. Dienst- und Schichtpläne werden regelmäßig mit heißer Nadel gestrickt und den ohnehin durch belastende Tätigkeit und Schichtdienst geplagten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der RLS/KRLS wird nicht selten zusätzlich noch eine große Flexibilität abverlangt, um die Lücken zu schließen.

Hört man, dass bei unseren Nachbarn in Hamburg (eine Stadt mit 1,7 Millionen Einwohnern) die PEZ eine Regelschichtstärke von 32 Beamten hat, so mag sich der geneigte

Leser seine eigenen Gedanken darüber machen, ob beispielsweise im Bereich der RLS Lüneburg, die drei Landkreise und die Großstadt Lüneburg (und damit über 800 000 Einwohner aus Schleswig-Holstein) betreut, nicht selten vorkommende Schichtstärken von sieben oder acht Beamten pro Schicht ausreichend sein können, um die anfallenden Einsätze und Notrufe abzuarbeiten. Wenig überraschend dürfte in diesem Zusammenhang auch die Erkenntnis sein, dass es den RLS-Mitarbeitern auch bei allergrößter Mühe nicht gelingen kann, die (gerade in den einsatzstarken Sommermonaten teils im Sekundentakt anfallenden) Notrufe so abzuarbeiten, dass jeder davon innerhalb des angestrebten sehr kurzen Zeitraumes angenommen wird und der Bürger damit eben nicht mit der Bandansage Vorlieb nehmen muss.

Der Notruf 110 ist gerade im heutigen „Handyzeitalter“ in der Regel der erste Kontakt, den der meist in Not befindliche Bürger mit der Polizei hat. Es bedarf nicht viel Fantasie, um zu erahnen, wie es sich für Hilfesuchende anfühlt, in einer solchen Situation über einen vermeintlich längeren Zeitraum statt eines Polizeibeamten nur eine Computerstimme zu hören, die monoton „Polizei-Notruf – legen Sie nicht auf“ ständig wiederholt.

Die DPoIG fordert, dass die auch von Landespolizeidirektor Höhs so bezeichnete „Leitstellenproblematik“ sich nicht auf das sukzessive Beheben von technischen Problemen beschränkt, sondern auch die personelle Ausstattung der RLS/KRLS einer ständigen Evaluation unterliegen muss, die sich an realistischen und transparenten Maßstäben orientiert.

Thomas Nommensen



6

Anlass dieser Berichterstattung war die Beschwerde eines Hamburger SPD-Politikers an den Innensenator Michael Neumann (auch SPD), der berichtete, er habe nach Wählen des Notrufs 110 über 30 Sekunden in der Warteschleife gehangen und die sich mehrfach wiederholende Bandansage anhören müssen. Während die Hamburger Innenbehörde dieses als bedauerlichen Einzelfall bezeichnete, entgegnete Joachim Lenders, DPoIG-Landesvorsitzender in Hamburg, dass ihm durchaus Fälle bekannt seien, wo Hilfesuchende bis zu zwei Minuten in der Warteschleife beim Polizei-Notruf im Hamburg verharren mussten, bis das Gespräch entgegengenommen werden konnte. Lenders konstatierte: „Die Polizei-Einsatzzentrale (PEZ) in Hamburg ist unterbesetzt.“

Weiter führte der Hamburger DPoIG-Landesvorsitzende aus, dass dieses hausgemachte Pro-



Kreisverband Lübeck-Ostholstein

Zurück in der „alten/neuen“ Mengwache

Am 16. Juni 2014 war es endlich soweit. Die Kartons waren verpackt und die Wache versah erstmal ihren Dienst in den Räumen des Polizeibezirksrevieres Lübeck. Am 17. Juni 2014, um 7.30 Uhr, sollte das Umzugsunternehmen aus Kiel vor Ort sein, um mit dem „Rückumzug“ zu beginnen. Pünktlich um 8.45 Uhr erschien dann endlich das Umzugsunternehmen, um mit vollem Tatendrang die Lkw zu beladen. Man zeigte sich dann überrascht über die Vielzahl von Kartons und Schränken; hatte man mit nur der Hälfte gerechnet!



> 1. Polizeirevier Lübeck

Am 18. Juni 2014 sollte der Umzug von der Wallstraße in die Mengstraße vollzogen sein, der Wachdienst sollte dort mit dem Spätdienst wieder beginnen. Es kam jedoch alles anders.

In der Mengstraße angekommen, musste man jetzt feststellen, dass man die Schränke nicht durch das Treppenhaus in die zweite und dritte Etage transportieren konnte. Man begnügte sich an diesem Tag damit, Kartons und Kleinteile in die neue Wache zu bringen. Man sagte zu, am nächsten Tage mit einem Lastenaufzug zu erscheinen, um dann die

Schränke in die oberen Etagen transportieren zu können. Gegen 7.30 Uhr wollte man pünktlich mit Mann und Maus und Lastenaufzug „Gewehr bei Fuß“ stehen. Gegen 8.50 Uhr erschien dann ein LKW mit dem Lastenaufzug im Anhang. Auf die Frage, wann man denn anfangen wolle, kam die Antwort: „Der sich mit dem Aufzug auskennt, ist auf dem anderen Lkw, wo der bleibt, wissen wir auch nicht.“ Dieser erschien dann irgendwann, der Aufzug wurde aufgebaut und die ersten Schränke wurden über die Fenster in das Gebäude gebracht. Nach kurzer Zeit jedoch verabschiedete sich der

Benzinmotor des Lastenaufzuges und ein Monteur war nicht zu bekommen.

■ Also wieder Stopp!

Am nächsten Tag, wir hatten bereits Donnerstag, wurde dann ein neuer Lastenaufzug mitgebracht und das restliche Mobiliar, Waffenschränke, Kartons und so weiter konnten endlich entladen werden.

Zum Glück hatten die Dienstgruppenleiter sich entschieden, den Wachbetrieb schon am Mittwoch in den Räumen aufzunehmen, denn das Umzugsunternehmen brauchte am Donnerstag noch bis 23 Uhr.

Nun zu den erfreulichen Tatsachen: Die neuen Räumlichkeiten sind hell und freundlich und es gibt genügend Platz. Die Technik und alles rundherum entsprechen dem neuesten Stand. Schon an den Tagen des Einzuges wurden wir von diversen Bürgern angesprochen, dass man sich darüber freue, dass wir wieder da wären.

Peter Ruch



> Schlüsselübergabe: Revierleiter Torsten Wähling, IM-Staatssekretär Bernd Küppersbusch, Hans-Adolf Bilzhaue (GMSH) (von links)

Am 11. August 2014 erfolgte die offizielle Übergabe des Gebäudes an die Revierleitung.

Ein Wermutstropfen bleibt jedoch: Es stehen dem Revier nur drei Parkplätze zur Verfügung! Diese Parkplätze sind dem Wach- und Wechseldienst vorbehalten. Alle anderen Kollegen und Kolleginnen müssen außerhalb der Tore von Lübeck parken und im Anschluss einen Fußmarsch zum Revier in Kauf nehmen.

Kreisverband Nord

„Blaulichttag“ in Flensburg – DPoIG ist mittendrin!

Unter Federführung der Bundespolizeiinspektion Flensburg fand am 5. Juli 2014 der 2. Flensburger Blaulichttag statt. Neben den 19 BOS-Organisationen durfte die DPoIG natürlich nicht fehlen.

Hierzu kooperierten die beiden DPoIG-Vertretungen Kreisverband Nord im Landesverband

Schleswig-Holstein und der DPoIG-Bundespolizei-Ortsverband Flensburg, unter maß-



geblicher und engagierter Führung der Kollegen Guido Höfer, Klaus Gehrke und Jens Türk.

Von 10 Uhr bis zum Einsetzen eines kräftigen Sommergewitters waren etwa 15 000 Zuschauer von der Vielfältigkeit, dem Können und der Ausstattung der verschiedenen Rettungs- und Hilfsorganisationen begeistert.

Auch der DPoIG-Stand fand eine Menge Zuspruch und Beachtung, was unter anderem den leuchtend blauen Luftballons zu verdanken war, die mit

Gas gefüllt weithin sichtbar waren und zu Hunderten die Meile säumten. Wir kamen teilweise mit dem Befüllen der Luftballons gar nicht nach.

Neben den Luftballons wurde ein „Spiegelspiel“ (Nachmalen eines abgedeckten Weges mittels Blick in den Spiegel) für Kinder angeboten, was bei erfolgreichem Gelingen zu einer kleinen Belohnung führte.

An der Hafenkante durften natürlich die Schiffe der Seenotretter, der Wasserschutzpolizei, des Zolls und der Bun-

despolizei nicht fehlen. Diese hatten zum Open Ship eingeladen und konnten den ganzen Veranstaltungstag über beachtigt werden.

Alle Vorführungen brachten die Besucher zum Staunen und waren von Menschentrauben umringt.

Einer der größten Höhepunkte war sicherlich der dänische Rettungshubschrauber, der eine Person aus dem Hafenbecken „aufgewünscht“ hatte und danach noch ein paar Runden über den Köpfen der Besucher

drehte. Zu dem dänischen Hubschrauber waren die Kollegen der dänischen Polizei, Feuerwehr und des Rettungsdienstes mit insgesamt sechs Einsatzfahrzeugen angereist, um sich ebenfalls zu präsentieren und grenzübergreifenden Austausch zu ermöglichen.

Für die Veranstalter waren die zehnmönatigen Vorbereitungen sicherlich anstrengend – haben aber zu einem außergewöhnlichen, erfolgreichen und informativen Tag beigetragen.

Ingo Reyher

DPoIG präsentiert sich beim Deutschlandtreffen 2014 der „Motorrad fahrenden Polizisten“

Der Deutschlandverband Motorrad fahrender Polizisten (DVMP) bietet in jedem Jahr ein Deutschlandtreffen an, welches durch einen der Mitgliedsvereine veranstaltet wird.

In diesem Jahr war der MEP Nordlicht an der Reihe. Veranstaltungsort war der Dithmarsenpark in Albersdorf, wo feste Unterkünfte und ein großer Saal zur Verfügung standen. Eine gute Grundlage für eine gelungene Veranstaltung.

Das Treffen war mit 130 Teilnehmern sehr gut besucht. Es hatten sich Kollegen aus allen Teilen der Republik auf den Weg nach Schleswig-Holstein gemacht.



> Sven-Erik Haase

Die DPoIG konnte sich hier einem großen Kreis präsentieren. Dies gelang durch Informationsmaterial, die Bestückung eines Tippspiels mit hervorragenden Preisen und dem Aufbau eines DPoIG-Pavillons vor dem Eingang der Festhalle. Dieser erfreute sich großer Beliebtheit, diente er doch aufgrund des wechselnden Wetters mal als Regen- und mal als Sonnenschutz.

Trotz einzelner Regenschauer machten sich am Sonnabend fast alle Gäste auf den Weg, Schleswig-Holsteins Westküste zu erkunden. Im Anschluss fand sich ein interessiertes Publikum am Einsatztrainings-

zentrum der Polizeidirektion Itzehoe ein, wo eine vom dortigen hauptamtlichen Einsatztrainer Kai Uwe Nielsen geführte Besichtigung angeboten wurde. Er stellte in seiner Eigenschaft als DPoIG-Landesbeauftragter für Stiftungsangelegenheiten auch die DPoIG-Stiftung und ihr Angebot vor, was auf sehr großes Interesse stieß. Am Abend fand dann die Abschlussfeier mit der Verleihung der durch die DPoIG gestifteten Preise statt.

Am Sonntag machten sich zufriedene Gäste auf einen zum Teil weiten Heimweg. Zurück blieb ein zufriedenes Veranstalterteam. *Sven-Erik Haase*